

**Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB**  
**Rede zur Vorstellung des achten Berichts**  
**zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland**  
**am 7. Oktober 2010**  
**vor dem Deutschen Bundestag**

---

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist gut, dass das Thema Integration endlich wieder da steht, wo es angesichts der drängenden Aufgaben hingehört: Ganz oben auf der Tagesordnung. Ich bin dem **Bundespräsidenten** dankbar, dass er die Diskussion wieder in eine sachliche Bahn gelenkt hat.

Wir dürfen das Feld nicht **Sarrazin** mit seinen Halbwahrheiten und kruden Vererbungstheorien überlassen. Als Finanzsenator in Berlin hatte er sieben Jahre die Möglichkeit, sich für eine bessere Integration einzusetzen. Er hat nichts getan. Das sind sieben verlorene Jahre für Berlin!

**Viele Migranten**, die längst in Deutschland heimisch sind, fühlten sich in den letzten Wochen unter Generalverdacht gestellt und ausgegrenzt. **Viele Einheimische** haben Ängste und Sorgen angesichts der Veränderungen in unserem Land.

Manche haben Angst vor Gewalt. Manche Schüler und Lehrer müssen sich deutschfeindliche Äußerungen anhören.

Meine Damen und Herren: Wenn sich Schüler nicht mehr auf den Pausenhof trauen. Wenn Lehrer eingeschüchtert werden, dann können wir das nicht hinnehmen!

Jedem, der zu uns kommt, muss von Anfang an klar sein: Wer hier leben will, muss selbstverständlich das **Grundgesetz** und unsere **Rechtsordnung** respektieren.

Jeder, der hier leben will, muss sich **auf unser Land einlassen**. Grundrechte wie die **Gleichberechtigung von Mann und Frau**, **Religionsfreiheit** und **Meinungsfreiheit** dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Sie müssen gelebt werden. Zuallererst in den Familien.

Die Eltern stehen hier in der Verantwortung. Damit Kinder aus Zuwandererfamilien die Chance haben, in unserer Gesellschaft auch wirklich anzukommen. Mit allen Freiheiten, aber auch mit allen Rechten und Pflichten.

**„Fördern und Fordern“** – das ist der zentrale Grundsatz unserer Integrationspolitik. Und er hat sich bewährt. Wir lassen niemanden alleine. Wir kümmern uns. Ich erwarte aber auch, dass Integrationsangebote angenommen werden.

Sei es die Teilnahme am Integrationskurs, die Sprachförderung im Kindergarten, der regelmäßige Schulbesuch oder der Abschluss einer Ausbildung. Jeder, der kommt, muss sich einbringen!

2005 standen wir bei der Integration vor einem Berg von Versäumnissen und Fehlentwicklungen. Die Integrationspolitik steckte noch in den Kinderschuhen. Seitdem haben wir **unter Bundeskanzlerin Angela Merkel massiv umgesteuert**.

Denn mit Beliebigkeit und dem Ausblenden der Wirklichkeit sind die Probleme nicht zu bewältigen. **Multikulti ist gescheitert!**

Wir haben viele Weichen neu gestellt. Dafür stehen:

- die **Integrationsgipfel**,
- die **Islamkonferenz** und
- der **Nationale Integrationsplan**.

Heute können wir mit Fug und Recht sagen: Deutschland steht im **europäischen Vergleich** gut da. Denken Sie an die brennenden Vorstädte in **Frankreich**. Denken Sie an die Probleme in den **Niederlanden**.

Rechtspopulisten vergiften dort das politische Klima und belasten das Zusammenleben. All das haben wir nicht und das soll auch so bleiben!

Es gibt heute unzählige Beispiele und gute Vorbilder für gelungene Integration in Deutschland. Sie dürfen nicht unter den Tisch fallen.

Wir sind dafür **auch unbequeme Wege gegangen**:

- Zum Beispiel als es um den Streit **„Deutsch auf dem Schulhof“** ging. Heute es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Deutsch die Schulsprache sein muss.
- Zum Beispiel als es um die **Verpflichtung zum Spracherwerb für Ehegatten im Herkunftsland** ging. Heute ist die Skepsis der Erkenntnis gewichen, dass sich Spracherwerb als Gewinn erweist und so Zwangsverheiratung verhindern kann.
- Zum Beispiel als es um die **Einbürgerungstests** ging. Heute ist klar, dass es von Vorteil ist, wenn man über unser Land Bescheid weiß.

Ja, die Anstrengungen für mehr Integration haben sich gelohnt. Das belegt der **8. Lagebericht**, den ich im Juli dem **Bundestagspräsidenten** übergeben habe.

Das **zentrale Ergebnis des Lageberichts** ist: Die Integration in Deutschland gewinnt an Fahrt, aber wir müssen noch an Tempo und Intensität zulegen!

**Fortschritte** sind bei **Sprache, Bildung und Ausbildung** zu verzeichnen. Das **Bildungsniveau** der jungen Migranten hat sich von 2005 bis 2008 **erhöht**. Ein großer Teil der jungen Migranten besucht zwar noch die Hauptschule. Aber immer mehr Migranten erreichen auch einen mittleren Schulabschluss oder das Abitur.

Alarmierend ist nach wie vor die **hohe Zahl der Schulabbrecher**: 13 Prozent im Vergleich zu 7 Prozent bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Das ist weit entfernt von der Zusage der Länder im Nationalen Integrationsplan, bis 2012 die Quote deutlich zu senken. Hier sind die **Länder gefordert**. Wenn **individuelle Förderung in den Schulen** gelingen soll, brauchen wir mehr Lehrkräfte, mehr Schulsozialarbeiter und mehr Zeit – das heißt mehr Ganztagschulen.

Die **Arbeitslosenquote von Migranten** ist nach wie vor viel zu hoch. Das liegt häufig an unzureichenden Sprachkenntnissen und an der mangelnden Qualifikation. Hier müssen wir ansetzen.

Die Jobcenter müssen den Sprachstand erfassen, dann aber auch sicherstellen, dass die Teilnahme am Integrationskurs erfolgt. Das geschieht noch viel zu wenig.

Der Lagebericht zeigt aber auch auf, dass Migranten in vielen Bereichen Verantwortung übernehmen und erfolgreich sind: im **Sport**, in den **Medien**, im **kulturellen Bereich** oder beim **Ehrenamt**.

Doch nach wie vor gibt es **erhebliche Defizite**. Die **Großbaustellen** bleiben **Sprachförderung, Bildung und Ausbildung und Arbeitsmarktintegration**. Wir haben hier **kein Erkenntnisdefizit**, wir haben ein **Umsetzungsdefizit**. Wir müssen an so mancher Stelle konsequenter, besser und schneller werden!

Deshalb beginnen wir nun **eine zweite Phase in der Integrationspolitik**: Es geht um mehr Verbindlichkeit.

## 1. Integrationskurse

Die Integrationskurse sind das Erfolgsmodell dieser Bundesregierung. Mehr als 600.000 Teilnehmer, zwei Drittel Frauen, jeder Zweite nimmt freiwillig teil.

- Die finanziellen Mittel wurden erneut erhöht auf **233 Millionen Euro**.
- Ich setze mich weiterhin dafür ein, dass jeder zeitnah an einem Kurs teilnehmen kann, gerade diejenigen, die freiwillig teilnehmen wollen.
- Ich werde nicht locker lassen, für die Integrationskurse zu werben. Ich erwarte, dass die Ausländerbehörden ihrer Aufgabe nachkommen, die Teilnahme auch zu überprüfen.

Wir werden einen neuen Weg beschreiten für mehr Verbindlichkeit.

## 2. Integrationsvereinbarung

Die Integrationsvereinbarungen sollen beschreiben, was Zuwanderer an Unterstützung und Hilfe erwarten können. Aber auch, was unser Land von ihnen einfordert. Das führt zu mehr Verbindlichkeit auf beiden Seiten!

## 3. Sprachstandstests und Sprachförderung vor der Einschulung

Hier müssen wir die **Verbindlichkeit erhöhen**. Alle Länder führen Sprachstandstests durch und es gibt Sprachförderung, aber es gibt auch große Unterschiede in Intensität und Verbindlichkeit.

Wichtig ist auch ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr. Es kann doch nicht sein, dass 30 Prozent der Kinder in Berlin keine ausreichenden Sprachkenntnisse haben, wenn sie eingeschult werden. In NRW sind es 25 Prozent.

## 4. Anerkennungsgesetz

Wenn wir von Migranten Eigenverantwortung erwarten, müssen wir ihnen auch die Chance geben zu zeigen, was in ihnen steckt. Deshalb müssen wir schnellstmöglich Schritte zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen einleiten. Einen **Kabinettsbeschluss mit Eckpunkten** haben wir schon. Ich gehe davon aus, dass wir noch in diesem Jahr einen ersten Gesetzentwurf haben werden.

## 5. Eigener Straftatbestand Zwangsverheiratung – keine Parallelgesellschaften

Wir sind dabei, einen eigenen **Straftatbestand Zwangsverheiratung** festzuschreiben. Das Signal heißt: Wir dulden keine Parallelgesellschaften!

In diesem Sinne müssen wir die Länder darauf achten, dass Mädchen an allen Unterrichtsfächern teilnehmen, ob Sport, Schwimmen oder an Klassenfahrten. Das sage ich als Frauen- und Integrationspolitikerin!

In diesen Tagen wird viel über den Islam in Deutschland gesprochen. Wolfgang **Schäuble** hat schon 2006 gesagt: „Der Islam ist Teil Deutschlands“. Dieser Satz bleibt gültig. In diesem Sinne habe ich auch den **Bundespräsidenten** in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit verstanden.

Wir können doch nicht die Augen vor der Realität verschließen. Rund **4 Millionen Muslime** leben in unserem Land. Die Lebenswirklichkeit ist: Moscheen gehören inzwischen auch in Deutschland zum Stadtbild.

Im Interesse eines friedlichen Miteinanders der Religionen setze ich mich für Imame und Religionslehrer ein, die mit unserem Land vertraut sind und auch hier ausgebildet sind.

Klar ist: Grundlage unseres Wertesystems und auch unseres Grundgesetzes ist die **christlich-jüdische Tradition**. Klar ist auch: Für einen radikalen Islam, der unsere Werte in Frage stellt, ist kein Platz in unserem Land.

Es gibt in der Integrationspolitik keine einfachen Antworten und meist auch keine schnellen Lösungen. Integration ist ein **gesellschaftlicher Prozess**, der einem **Marathon** gleicht und nicht einem 100-Meter-Sprint.

Wir brauchen Ausdauer und müssen am Ball bleiben. Für bessere Bildung und Ausbildung, für einen besseren Spracherwerb. Genau darum geht es auch am 3. November, wenn die **Bundeskanzlerin** zum Integrationsgipfel einlädt. Hier fällt der Startschuss zum Nationalen Aktionsplan. Wir setzen uns klare Ziele, die überprüfbar und messbar sind. Wir schaffen mehr Verbindlichkeit. Damit Integration vor Ort noch besser gelingt.

Wir werden in der Integration aber nur wirklich vorankommen, wenn wir den Dialog mit allen führen – mit Migrantinnen und Einheimischen. Wir müssen die Ängste und Sorgen auf beiden Seiten ernst nehmen und Vorurteile ausräumen. Wir müssen uns darüber verständigen, wie wir morgen leben wollen.

Jeder einzelne muss sich fragen, was er beitragen kann, damit der **Zusammenhalt in unserer Gesellschaft** gestärkt wird. Damit Deutschland ein weltoffenes, tolerantes und lebenswertes Land bleibt. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!

Vielen Dank.